



Bewerbung für einen BVV-Listenplatz

I

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Bezirksgruppe, ein letztes Mal bewerbe ich mich für einen aussichtsreichen Listenplatz für die Wahl zum nächsten Bezirksparlament.

Mein politischer Werdegang begann in ganz jungen Jahren noch vor Gründung der Alternativen Liste in Reinickendorf, wo ich mich als Schülerin gegen Atomkraftwerke und für lokale umweltpolitische und soziale Themen engagierte.

Anfang 1980 zog ich mit 14 Jahren in ein besetztes Haus in Kreuzberg 36, wo wir viele Utopien lebten, aber auch Kriminalisierung und politische Niederlagen erfuhren. Meine Sozialisierung in dieser Zeit hat mich persönlich sehr geprägt und zu einem Menschen gemacht, der sich zwingend einmischt wo

Ungerechtigkeit herrscht, der Gegebenheiten nicht als gegeben hinnimmt, der Resignation durch Handeln zu ersetzen versucht und der immer noch an Utopien glaubt in einer Welt, die viele verzweifeln lässt!

Viele Themen, die wir in vorangegangenen Wahlperioden von anderen belächelt bereits hoch angesiedelt hatten, holten den Bezirk rapide ein. Allem voran die Themen Mieten und Verdrängung, Menschen mit Fluchterfahrungen in allen Facetten.

Der Ukrainekrieg und weitere Kriege müssen zu einem anderen Umgang mit den Menschen führen, das Gegenteil ist der Fall, Geflüchtete werden entrechtet und in Krisengebiete abgeschoben. Europa macht dicht! Nicht mit uns!

Unser Bezirk und die Problemursachen sind internationaler geworden, fehlender Klimaschutz lässt immer mehr Bäume sterben, soziale Probleme haben sich vielschichtig verschärft, die Coronapandemie wirkte da leider noch extrem verstärkend.

Nicht nur der Wohnraum ist knapp und unbezahlbar geworden, auch das kleinteilige kieztypische Gewerbe verschwindet zunehmend und wird durch touristische Infrastruktur ersetzt. Vieles was unseren bunten, vielfältigen Bezirk ausmacht, verlieren wir schleichend. Zusammen mit den diesbezüglich entstandenen Initiativen müssen wir hart weiterkämpfen, innovative Konzepte entwickeln und noch mehr Druck für Bundesrechtsänderungen aufbauen. Damit unser Bezirk weiterhin lebenswert bleibt!

Große Sorgen machen mir die immer sichtbarer werdenden sozialen Probleme und Nutzungskonflikte im Bezirk. Als kleinster Innenstadtbezirk mit europaweit höchster Einwohner*innendichte je km² mangelt es infrastrukturell an vielem, Konflikte entstehen dadurch schneller als anderswo. Diverse Nutzer*innengruppen reklamieren Ressourcen für sich, oft scheint es nur ein „entweder oder“ zu geben. Ob autofreie Kieze, Poller, kontaminierte Spielplätze, massive Obdachlosigkeit, offener Drogenkonsum oder der Görli, vieles polarisiert unsere Bevölkerung, der Ton ist rauh geworden. Viele wollen nur noch ihre Partikularinteressen durchsetzen, ohne Rücksicht auf das Umfeld. Ein Miteinander scheint durch den Rechtsruck und die weitreichende Gentrifizierung für etliche zum Fremdwort geworden zu sein. Da gilt es auch weiterhin auf integrierende Bürger*innenbeteiligungen zu setzen und gemeinsam kluge Kompromisse zu erarbeiten, wo sich alle mitgenommen fühlen können. Aber auch diejenigen mitzudenken, welche sich nicht so gut artikulieren können.

Um zumindest annähernd die vorgeschriebene bezirkliche Infrastruktur zu realisieren, müssen wir auf moderne Gebäude mit Mehrfachnutzungspotenzial setzen. Heute Jugendzentrum, bei verändertem Bedarf Senior*innenzentrum oder Bibliothek, der Sportplatz oder wohnortnahe Grün auf den Dächern. Wir brauchen mehr Orte für unsere soziale, kulturelle und zivilgesellschaftliche Infrastruktur, ob Karstadt oder Baerwaldbad, es gibt Möglichkeiten.

Für unseren räumlich verdichteten Bezirk mit hoher Versiegelung ist der Klimaschutz natürlich ein Thema mit absoluter Priorität!

Konzepte dafür haben wir dafür schon lange, der aktuelle Senat sabotiert uns aber durch Mittelkürzungen bzw weitere bauliche Verdichtung, in dem er große Bauvorhaben an sich zieht. Mittlerweile ist bewiesen, dass uns die Erhitzung mehr trifft als andere Bezirke. Für Ältere oder kranke Menschen kann das tödlich enden. Es darf nicht sein, dass das Leben in unserem Bezirk zum Gesundheitsrisiko wird!

Ich freue mich auf weitere Kiezblocks, das Entsiegeln von Parkplätzen, das Entstehen von kleinen, grünen Oasen auf unseren Straßen, wo Menschen dann zusammenkommen können. Die Pandemie hat noch deutlicher gemacht, dass wir dringend konsumzwangsfreie Aufenthaltsmöglichkeiten für Groß und Klein im öffentlichen Raum benötigen. Weniger Autos schaffen einen großen Spielraum für Neues.

2013 lebte ich ein halbes Jahr mit den Geflüchteten zusammen auf dem Oranienplatz. Daraus ist zwangsläufig ein zeitintensives Dauerengagement geworden, da viele der Lampedusageflüchteten weiterhin mitten unter uns leben, ohne Legalisierung und ohne dass es je zu der versprochenen politischen Lösung kam. Es darf nicht sein, dass undokumentierte Geflüchtete zum Überleben auf Privatpersonen und Initiativen angewiesen sind, Berlin aber als unter der SPD selbst erklärten „Solidarity City“ genau diese Menschen im Stich lässt! Vermehrter Sozialabbau ist auch für diese Menschen ein großes Problem, minimalste, niedrighschwellige Teilhabe und Hilfe verschwindet. In Berlin leben mindestens 100 000 undokumentierte Menschen, welche sich häufig durch sklavenähnliche Jobs oder mangels Alternativen durch selbst kriminalisierende Tätigkeiten über Wasser halten müssen. Viele verelendigen oder erkranken psychisch. Würde man analog zu Portugal oder Spanien diese Menschen legalisieren, gäbe es in Bereichen wie dem Görli und den umliegenden Kiezen eine deutliche soziale Entspannung. Gleichzeitig benötigen wir aufgrund des demografischen Wandel ohnehin jüngere Arbeitskräfte. Stattdessen werden Zäune gebaut und selbst den offiziell hier lebenden Geflüchteten das Leben immer unerträglicher gemacht! Das muss sich ändern!

Ich sehe meine politische Arbeit neben den parlamentarischen Gremien überwiegend auf der Straße, eng vernetzt mit unseren widerständigen Bürger*innen, mit den vielfältigen Initiativen, aber vor allem an der Seite derer, denen es hier schlecht geht, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Stimme nicht erheben können oder unsichtbar bleiben. Soziale Gerechtigkeit, Partizipation, Humanität, Klimaschutz, die Verkehrswende und weitere Lösungen für eine künftige Wohnungspolitik, die allen zugute kommt, stehen für mich ganz oben auf der Agenda. Dafür müssen wir uns auch dem Bereich „neue Wohnformen im Alter“ zuwenden. Das Thema drängt. Viele in die Jahre gekommenen „Alt-80er“ können sich in den üblichen Senior*innenangeboten nicht wiederfinden und fühlen sich einsam. Altersarmut und berechtigte Angst vor Wohnraumverlust sind ein großes Thema. Auch die Verwerfungen durch die Pandemie dürfen wir nicht ignorieren. Unsere Kinder und Jugendliche haben extrem gelitten, vermehrt auftretende psychische Krankheiten wie Depressionen nehmen ihnen Lebenschancen. Es darf nicht so bleiben, dass die Probleme der Generation, welche alle Zukunftslasten tragen muss, durch Ignoranz und Sozialabbau derart zur Seite geschoben werden.

Inklusion ist für mich ein noch größeres Thema geworden. Durch schwere Behandlungsfehler, vielen Operationen und mehreren Jahren an Gehhilfen bin ich nun dauerhaft schwer geschädigt und konnte die letzten Jahre erleben, wie ausgegrenzt man als beeinträchtigter Mensch tatsächlich ist. Dazu kommt meine Long-Covid-Erkrankung, welche zwar nicht sichtbar ist, mir aber viele Barrieren baut. Dieses nun leider praktisch erworbene Wissen möchte ich nutzen, um für Teilhabe in allen Bereichen zu kämpfen und Betroffene zu unterstützen.

Da die Schwerpunkte meiner Arbeit auch mit Ende dieser Wahlperiode nicht abgeschlossen sind, möchte ich weitere 5 Jahre intensiv an eurer Seite für konstruktive Lösungen kämpfen. Ich möchte weiterhin dazu beitragen, dass unsere Bürger*innen nicht weggentrifiziert werden, die Geflüchteten im Bezirk würdig untergebracht, und mit intelligenten Konzepten schnell und nachhaltig integriert werden, dazu zähle ich auch Menschen ohne Papiere. Ich möchte mit euch neue gemischte Wohnkonzepte entwickeln und weiterhin für eine andere Flüchtlingspolitik kämpfen. Gleichzeitig müssen wir den Durchmarsch der AFD verhindern, den Faschismus in allen Facetten bekämpfen! Mehr als je zuvor werden wir vor europapolitischen und bundespolitischen Problemen stehen. Es wird nicht leicht werden, mit bezirklichen Kompetenzen hierfür schnelle Lösungen zu finden, zumal der Senat die Bezirke personell und finanziell bei gleichzeitigem Aufgabenaufwuchs jahrzehntelang lang hat ausbluten lassen. Dennoch glaube ich fest an die Erreichbarkeit unserer Ziele und möchte mich weiterhin mit euch zusammen dieser wichtigen Verantwortung stellen.

Ich freue mich über eure Unterstützung!

Taina Gärtner tainagaertner@hotmail.com

Gremien: Jugendhilfeausschuss, Sozial- und Gesundheitsausschuss, Ausschuss für Partizipation und Migration, Ausschuss für Eingaben, Beschwerden Geschäftsordnung und Beteiligung, Partizipationssbeirat, Krankenhausbeirat, Schriftführerin im BVV-Vorstand. Mitglied der AG Ukraine